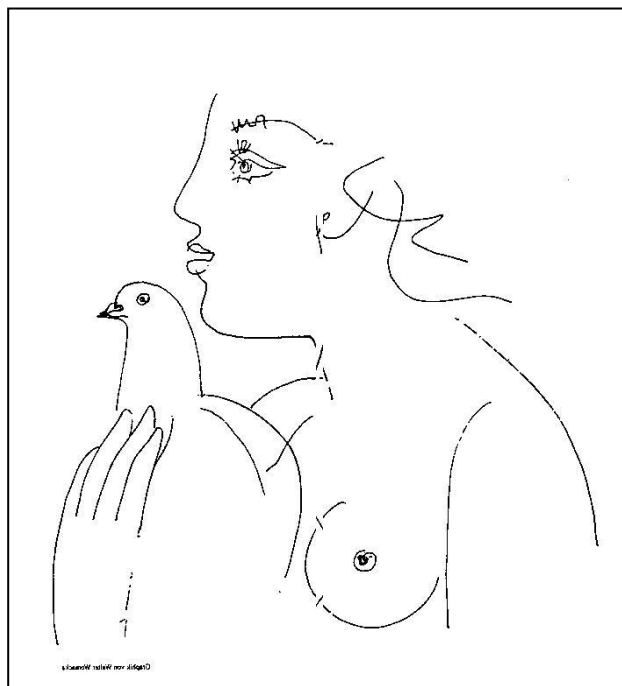


Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums epf

Nr. 206



Rede
des
russischen Außenminister
Sergej Lawrow

am 18. Februar auf der Münchner
»Sicherheitskonferenz«

Fragen aus dem Publikum und Antworten

Veröffentlicht in „Junge Welt“ Ausgabe vom 28.02.2017

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin Tel.: (030) 2978 4688 Fax: (030) 2978 4689
E-Mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor zehn Jahren trat der russische Präsident, Wladimir Putin, auf dieser Konferenz mit einer Rede auf, die viele im Westen als Herausforderung und sogar als Drohung empfunden haben, obwohl seine hauptsächliche Botschaft die Aufforderung war, einseitige Handlungen aufzugeben und zu ehrlicher, respektvoller Zusammenarbeit auf der Grundlage des Völkerrechts, zur gemeinsamen Bewertung globaler Probleme und zu gemeinsamer Entwicklung kollektiver Lösungen zu gelangen. Leider wurden diese Warnungen bezüglich der negativen Konsequenzen, die die Verhinderung einer polyzentrischen Welt haben würde, bald zur Wirklichkeit.

Die Menschheit steht heute am Scheideweg. Ein historischer Abschnitt, der als »Post cold war order« definiert werden kann, ist an sein Ende gekommen. Hauptergebnis ist nach unserer Meinung das Scheitern der Bemühungen, die Institutionen des »Kalten Krieges« an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Die Welt ist nicht »west-zentristisch«, sicherer oder stabiler geworden. Es genügt, auf die Ergebnisse der »Demokratisierung« des Nahen Ostens und Nordafrikas zu schauen.

Die NATO-Erweiterung hat in den letzten 30 Jahren zu einer beispiellosen Erhöhung der Spannungen in Europa geführt. Zum zwanzigsten Mal jährt sich die Unterzeichnung der »Grundsatzvereinbarung« zwischen Russland und der NATO in Paris und zum fünfzehnten Mal die Annahme der Erklärung von Rom über die neue Qualität der Russland-NATO-Beziehungen. Diese Dokumente erlegen Russland und dem Westen die Verpflichtung auf, gemeinsam und respektvoll die Sicherheit auf der Grundlage der Achtung der Interessen der jeweils anderen Seite zu gewährleisten, das gegenseitige Vertrauen zu stärken, eine euro-atlantische Kluft zu verhindern sowie überhaupt Trennendes zu überwinden. Das ist nicht geschehen, vor allem, weil die NATO eine Institution des »Kalten

Krieges« geblieben ist. Man sagt, dass Kriege in den Köpfen von Menschen entstehen. Logischerweise müssten sie dort auch enden. Auf den »Kalten Krieg« trifft das noch immer nicht zu. Das trifft auch auf Äußerungen einiger Politiker in Europa und den USA zu – darunter auch Beiträge, die zu Beginn dieser Konferenz gestern und heute zu hören waren.

Wir sind kategorisch dagegen, Russland und die neuen globalen Einflusszentren des Versuchs zu bezichtigen, die sogenannte liberale Weltordnung zu untergraben. Die Krise dieses Modells war bereits zu dem Zeitpunkt programmiert, als sich abzeichnete, dass die Vision einer wirtschaftlichen und politischen Globalisierung hauptsächlich als ein Instrument entworfen wurde, um das Wachstum eines Eliteklubs von Staaten und deren Dominanz über die anderen zu sichern. Objektiv kann ein solches System nicht von Dauer sein. Und deshalb sollten die Verantwortlichen eine Wahl treffen. Ich hoffe, dass die Wahl zugunsten der Schaffung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung ausfällt, einer, wie man sagen könnte, »postwestlichen« Weltordnung, in welcher jedes Land auf der Grundlage seiner Souveränität gemäß dem Völkerrecht, orientiert an einem Ausgleich zwischen den eigenen nationalen und den Interessen der Partner, handeln kann – wobei die historische, kulturelle und zivilisatorische Identität eines jeden von ihnen zu respektieren ist.

Russland hat nie ein Hehl aus seiner Ansicht gemacht, sondern ist stets offen für die Herausbildung eines gemeinsamen Raums eingetreten, in dem Sicherheit und gute Nachbarschaft von Vancouver bis Wladiwostok erreicht werden sollen. Die Spannungen zwischen Nordamerika, Europa und Russland in den letzten Jahren sind unnatürlich, ich würde sogar »widernatürlich« sagen.

Russland ist eine eurasische Macht, die viele Kulturen und Nationalitäten in sich vereint. Berechenbarkeit und guter Wille im Herangehen an die Beziehungen zu allen Ländern, vor allem zu

unseren Nachbarn, sind unserer Politik immer eigen gewesen. Eben unter diesem Gesichtspunkt arbeiten wir eng im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der Eurasischen Wirtschaftsunion, der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (internationales Militärbündnis, bestehend aus: Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland, jW), der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit, und der BRICS-Staaten zusammen.

Nachbarschaft und gegenseitiger Nutzen sind die Grundlage unserer Beziehungen auch zu Europa. Wir sind Teil des gleichen Kontinents. Wir haben unsere Geschichte gemeinsam geschrieben, und wir waren erfolgreich, wenn wir gemeinsam für den Wohlstand unserer Völker gearbeitet haben.

Viele Millionen Bürger der Sowjetunion gaben ihr Leben für die Freiheit Europas. Wir wollen diesen Kontinent stark und in seinen internationalen Angelegenheiten unabhängig sehen. Deshalb sollten wir sorgsam mit unserer gemeinsamen Vergangenheit und Zukunft umgehen und weltoffen bleiben. Wenig erfreulich ist, dass die Europäische Union nicht die Kraft findet, sich von den Entgleisungen ihrer Russlandpolitik, die sich auf einem Tiefstand befindet, zu verabschieden und fundamentale und pragmatische Grundinteressen ihrer Mitgliedsstaaten russophoben Spekulationen und einer vermeintlichen »Solidarität« opfert. Wir setzen hier nach wie vor auf den Sieg des gesunden Menschenverstandes.

Welche Art von Beziehungen streben wir mit den Vereinigten Staaten an? Eine Beziehung des Pragmatismus, des gegenseitigen Respekts und der Erkenntnis der besonderen Verantwortung für die globale Stabilität. Unsere beiden Länder haben sich nie in einem direkten Konflikt gegenübergestanden, zwischen ihnen überwog vielmehr eine Geschichte der Freundschaft statt der Konfrontation. Russland hat viel getan für die Unabhängigkeit der USA und ihre Herausbildung als mächtigen Einzelstaat unterstützt. Konstruktive russisch-amerikanische Bezie-

hungen sind in unserem gemeinsamen Interesse. Und das um so mehr, als Amerika uns als unser geographischer Nachbar sogar näher als Europa ist. In der Beringstraße trennen uns nur vier Kilometer. Die Möglichkeiten politischer, wirtschaftlicher und humanitärer Kooperation sind groß. Aber sie harren der Umsetzung. Wir sind dazu bereit – in dem Maße, wie die USA dazu bereit sind.

Die Gründe für das Entstehen globaler Herausforderungen wie Terrorismus, Drogenhandel und der Krisen, die den Raum von Libyen bis Afghanistan erfasst haben, sind vielfältig. Sicher bietet die Debatte in München Gelegenheit, all diese Probleme sowie die anhaltenden Konflikte in Europa zu erörtern. Es ist wichtig zu betonen, dass sie mit militärischen Mitteln nicht gelöst werden können.

Dies gilt insbesondere für den innerukrainischen Konflikt. Das Minsker Abkommen ist alternativlos und nur im direkten Dialog mit Donezk und Lugansk umsetzbar. Das ist die unabänderliche Position Russlands gegenüber dem Westen und im UN-Sicherheitsrat. Es ist wichtig, dass die Kiewer Behörden in diesem Sinne ihren Verpflichtungen nachkommen.

Heute wird mehr denn je ein Dialog über alle komplexen Fragen erwartet, aus dem im Ergebnis ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss hervorgeht. Russland strebt mit niemandem einen Konflikt an, aber es wird seine Interessen aufrechterhalten.

Unsere unumstößliche Priorität ist es, unsere Ziele auf dem Verhandlungsweg zu erreichen, einen Konsens zu finden, der allen Seiten Vorteile bringt. Ich verweise zum Abschluss auf die Anweisungen des ehemaligen Kanzlers des Russischen Kaiserreichs, A. M. Gortschakow, der im Juli 1861 seinen Gesandten E. A. Steklju mit der Maßgabe in die USA schickte, dass »keine zuwiderlaufenden Interessen bestehen, die man nicht im Geiste der Fairness und Mäßigung (...) gerecht und angemessen schlichten könnte«.

Wenn wir alle diesem Ansatz folgten, könnten wir alsbald die Periode der »Postwahrheit« überwinden und die der Weltgemeinschaft aufgedrängten hysterischen psychologischen Kriege hinter uns lassen, um zur ehrlichen Arbeit zurückkehren – ohne Lügen und Erfindungen. Möge dies die Ära der »Postfakes« sein.

Vielen Dank.

Publikumsfragen und Antworten

Ich möchte eine konkrete Frage zu den Militärübungen stellen. Warum finden russische Militärübungen spontan statt, warum sind sie nicht transparent? In diesem Jahr finden die umfangreichsten Übungen in den letzten zwanzig Jahren mit der Bezeichnung »West-2017« statt, was Befürchtungen der Nachbarn Russlands auslöst. Was kann in dieser Angelegenheit getan werden, um Vertrauen zu stiften?

Lawrow: Die Beziehungen zwischen Russland und der NATO im allgemeinen und die Aktivitäten des NATO-Russland-Rates im speziellen wurden auf Initiative der Allianz eingefroren, obwohl nach der Kaukasuskrise im August 2008 unsere amerikanischen Kollegen, insbesondere die ehemalige US-Außenministerin Condoleezza Rice, äußerten, dass die Einstellung der Arbeit des NATO-Russland-Rates ein Fehler war. Aber wie man so sagt, man zahlt mit gleicher Münze. Die Allianz beschloss, alle praktischen Tätigkeiten einzufrieren, und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat mir das gestern bestätigt. Er sagte mir, dass sie bereit seien, die Kontakte im NATO-Russland-Rat auf Botschafterebene aufrechtzuerhalten. Die praktische Arbeit bleibe aber eingestellt.

Unlängst hat Sauli Niinistö, der Präsident Finnlands, das kein NATO-Mitglied ist, seine Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass nicht nur russische Flugzeuge, sondern auch die der US-Luftwaffe und andere Flugzeuge von NATO-Mitgliedsländern mit ausgeschalteten Transpondern über die Ostseeregion fliegen. Während seines Besuchs in Russland sprach er dieses Problem gegenüber dem Präsidenten der Rus-

sischen Föderation, Wladimir Putin, an. Danach beauftragte der Präsident unsere Militärs, Vorschläge zu unterbreiten, wie das Problem der transponderlosen Flüge zu lösen sei und auch wie die Flugsicherheit im Allgemeinen in der Ostseeregion gesichert werden könne. Unser Militär unterbreitete in Brüssel im Juli 2016 während einer Sitzung des NATO-Russland-Rates detaillierte Vorschläge. Wir waren sicher, dass sofort auf diese konkreten Vorschläge reagiert werden würde, dass die Experten sich hinsetzen und ein Programm entwerfen würden, um die Sicherheit zu verbessern. Das ist nicht geschehen. Bis jetzt können wir dieser Aufgabe nicht nachkommen. Gestern sagte mir NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass es Hoffnung gebe, die Experten im März erneut einzuberufen. Das ist natürlich ein bisschen spät, aber zumindest unser Gewissen ist in dieser Sache rein.

Gestern sprach Stoltenberg auch das Thema an, nach dem Sie gefragt haben. Er äußerte sich zufrieden über das russische Militär und über das Briefing zu den Militärübungen, die es im letzten Herbst abgehalten hat. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass zu den Übungen, die in diesem Jahr stattfinden, ebenfalls spezielle Briefings erfolgen.

Was die spontanen Militärübungen anbelangt: Ich bin kein Mann des Militärs, aber ich weiß, dass die Militärattachés eingeladen werden, auch die der NATO-Staaten, die in Moskau akkreditiert sind. Aber mein wichtigstes Anliegen bezüglich der Beantwortung Ihrer Frage ist klarzustellen, um auch hier alle Verunsicherungen und Verdachtsmomente zu beseitigen, dass es notwendig ist, die militärische Zusammenarbeit fortzusetzen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg konnte gestern in Gegenwart seiner Stellvertreter nicht sagen, dass die NATO dazu bereit ist, und das ist bedauerlich, weil die diplomatischen Zusammentreffen ohne militärische Kooperation nur von geringem Nutzen hinsichtlich der Sicherheitsfragen sind.

Was unsere Beziehungen zur NATO anbelangt, so haben wir schon vor längerer Zeit angeboten, sie zu erneuern. Anstatt einander zu beschuldigen und gegeneinander zu handeln, wie das jetzt erstmals seit Jahrzehnten mit der Verlegung von Kampfeinheiten der NATO an die Grenze der Russischen Föderation geschehen ist, sollten wir uns an den Tisch setzen und die Lage diskutieren. Wir haben vorgeschlagen, auf die Karte zu schauen und einander anzugeben, wer wo wie viele Waffen und Truppen deponiert bzw. stationiert hat. Läge eine solche Gesamtübersicht vor, entstünde ein klares Bild vom tatsächlichen Zustand militärischer Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Bereits auf der Grundlage einer solchen Bestandsaufnahme wird es möglich sein, den Weg in Richtung weiterer Rüstungsregelungen zu »skizzieren« und zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu vereinbaren. Ich wiederhole, wir haben die praktische Zusammenarbeit im Rahmen des NATO-Russland-Rates nicht gestoppt.

Russland hat in der Sitzung des UN-Sicherheitsrates die ersten drei Absätze von »Minsk-II« zur Diskussion gestellt: Feuereinstellung, die Rückverlegung der schweren Waffen und Zulassung der OSZE-Beobachter in allen Regionen der Ukraine. Warum hält Russland es nicht für möglich, diese Verpflichtungen umzusetzen und damit ein Signal zur Stärkung des Vertrauens und der Verbesserung der Gesamtsituation zu geben?

Am Ende Ihrer Rede sprachen Sie über eine »Postfake«-Welt. Während des Wahlkampfes in den USA wurde über eine mögliche Einmischung Russlands diskutiert. In Frankreich läuft jetzt der Wahlkampf, und einer der Kandidaten beschwerte sich über eine russische Einmischung. In diesem Zusammenhang hielt der französische Präsident Francois Hollande eine außerordentliche Sitzung des Sicherheitsrats des Landes ab.

Lawrow: Zur ersten Frage: Ich freue mich, dass Sie die Minsker Vereinbarungen lesen. Bedauerlicherweise aber offenbar nicht bis zum Ende. Tatsächlich betrifft der erste Absatz die Rückverlegung der schweren Waffen, aber dann heißt es, dass am drei-

ßigsten Tag nach Beginn der Rückverlegung, die im April 2014 begann, die Behörden in Kiew den Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen vorbereiten sollen und darüber mit Donezk und Lugansk Konsultationen aufnehmen. Man kann unterschiedliche Termine zu den einzelnen Abschnitten der Minsker Vereinbarung ansetzen – Termine sind nicht zu allen festgelegt worden. Aber der Termin bezüglich der 30 Tage ist präzise angegeben. Eine Rückverlegung hatte begonnen. Der Beginn von Konsultationen mit Donezk und Lugansk war natürlich nicht zum Ende dieses Prozesses beabsichtigt. Seitdem hat sich, wie Sie wissen, viel verändert: Waffen wurden rückverlegt, dann aber verschwanden sie aus den Unterbringungsobjekten. Die Spezielle Monitoring Mission der OSZE (SMM), die unter sehr schwierigen Bedingungen arbeitet und deren Arbeit wir sehr schätzen und die in besonderem Maße nicht nur für die NATO, sondern auch für die EU repräsentativ ist, hat mehrfach Verletzungen des Waffenstillstands von beiden Seiten, darunter das Auftauchen schwerer Waffen in der Sicherheitszone, moniert. Und was das Fehlen der schweren Waffen in den Unterbringungsobjekten angeht, waren die Streitkräfte der Ukraine permanent die »Champions«. Und ich wiederhole, andere Verletzungen wurden auf beiden Seiten festgestellt.

Wir wurden vor kurzem von einigen ukrainischen Politologen wiederholt beschuldigt, dass der russische Präsident Wladimir Putin, »menschliche Schutzschilde« von Frauen und Kindern im Donbass organisiert habe. Es wird unterstellt, er versuche, die Ukrainer, die auf der linken Seite der Kontaktlinie leben, davon zu überzeugen, dass die Menschen im Donbass sie hasen, und umgekehrt den Donbass davon zu überzeugen, dass die ukrainische Regierung sie vernichten wolle. Das ist eine Lüge. Diese Politologen schreiben auch, Kräfte aus dem Donbass und einige russische Truppen beschossen Donezk und schoben das dann auf die Ukraine.

Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Ich habe oft ausgeführt, wie ein Waffenstillstand von Dauer sein könnte. Egal, wie Sie

zu den russischen Medien stehen, Sie können dort jeden Tag live beobachten, wie unsere Reporter an der Kontaktlinie in Donezk und Lugansk arbeiten. Sie berichten von zivilen Opfern, von der Zerstörung von Wohngebieten, der sozialen Infrastruktur, einschließlich Kinderheimen, Schulen, Polikliniken. Mich hat interessiert, was auf der Westseite der Kontaktlinie passiert, ich habe mir *CNN*, *Fox News*, *Euronews* und *BBC* angesehen. Ich habe nicht annähernd gleichwertige Reportagen von westlichen Journalisten gesehen, ich habe nicht gesehen, dass sie live berichten und ein ähnliches Bild zeigen wie unsere Journalisten, die ihr Leben riskieren und nicht selten verletzt, manchmal gar getötet werden. Ich habe meine westlichen Kollegen gefragt, ob den westlichen Journalisten aus Sicherheitsgründen empfohlen wurde, nicht auf der anderen Seite der Kontaktlinie zu arbeiten. Keine Antwort. Dann baten wir die OSZE-SMM, in ihren Berichten besondere Aufmerksamkeit auf die Zerstörung der zivilen Infrastruktur zu richten. Bisher haben wir darüber keine umfassenden Informationen erhalten. Warum zeigen westliche Reporter nicht, was auf der von den Streitkräften der Ukraine kontrollierten Westseite der Kontaktlinie geschieht? Sind es Sicherheitsgründe, oder ist es Selbstzensur? Ich würde es gerne wissen. Unsere Statistiken zeigen jedenfalls, dass die Zerstörung auf der östlichen Seite der Kontaktlinie viel größer ist als auf der westlichen.

Unlängst sah ich einen Bericht des in Washington ansässigen Internationalen Instituts für strategische Studien, las Artikel von Journalisten der *Washington Post*, die an der Kontaktlinie waren. Sie schrieben, dass die Gewalt im Donbass die Freiwilligenbataillone, die nicht dem Befehl der ukrainischen Streitkräfte unterstehen, dazu herausfordere, resolut nach eigenem Ermessen zu handeln. Weiter war zu lesen, dass Tausende von Ultranationalisten des »Rechten Sektors« von Kiew unkontrolliert im Donbass kämpfen. Sie schlussfolgerten, dass es für die ukrainische Regierung wahrscheinlich von Vorteil sei, wenn diese bewaffneten und unzufriedenen Radikalen an der Kon-

taktlinie blieben, weil sie dann keinen neuen Maidan in der Hauptstadt veranstalteten. Erwähnt wurde in diesen Artikeln auch, dass im Donbass ausländische Neonazis kämpfen, deren Anwesenheit Kiew geschehen lässt. (...)

Was die Frage zur angeblichen russischen Einmischung in die Wahlkämpfe im Ausland angeht: Es ist bekannt, dass die Demokratische Partei Donald Trump um Belege gebeten hat, nachdem dieser erklärt hatte, die Wahlen seien nicht besonders fair verlaufen und dass Verstorbene für die Demokraten gestimmt hätten. Wenn aber gegen uns Vorwürfe erhoben werden, wird aus irgendeinem Grund nie nach den Beweisen gefragt. Ich kenne keine Fakten, die belegen, dass wir versucht haben, Webseiten der Demokratischen Partei zu hacken oder ähnliches in Frankreich, Deutschland oder Italien zu tun. Fakt ist aber zum Beispiel, dass die politische Führung in Deutschland abgehört wurde. Und dieser Tage war zu lesen, dass es während des französischen Präsidentschaftswahlkampf 2012 Cyberattacken seitens der CIA gegeben haben soll. (...)

Ich möchte daran erinnern, dass Russland das erste Land war, das vor vielen Jahren in den Vereinten Nationen die Abstimmung der Positionen auf dem Gebiet der internationalen Informations- und Cybersicherheit initiiert hat. Für eine lange Zeit haben unsere westlichen Partner diese Zusammenarbeit gescheut. Schließlich nahmen sie vor ein paar Jahren eine Resolution im Konsens an. Es wurde eine Gruppe von Regierungsexperten gegründet, die einen guten Bericht geschrieben hat. Der Bericht bildete die Grundlage für eine neue Resolution. Eine weitere Gruppe von Experten wurde gegründet, die sich hiermit befasst. Wir haben unsere Kollegen gebeten, sich der Sache professionell anzunehmen. Als die Amerikaner während der Präsidentschaft von Barack Obama begannen, unsere Bürger in Verletzung der bestehenden Verabredungen »auszuhorchen«, und uns nicht mitteilten, dass letztere unter Verdacht der Cyberkriminalität standen, baten wir sie, sich mit uns zusammenzusetzen und all diese Fragen zu erörtern. Wir wollten

natürlich keine russischen Bürger in illegale Cyberangelegenheiten verwickelt wissen. Im November 2015 haben wir der Obama-Regierung vorgeschlagen, sich zusammzusetzen, um mit bilateralen Beratungen über Cyberspionage, -sicherheit und -präventionen zu beginnen. Ein Jahr lang erfolgte keine Reaktion, obwohl ich John Kerry jedes Mal daran erinnerte, wann immer wir uns trafen. Letztlich wollten die USA sich im Dezember 2016 mit uns treffen, schlugen dann aber wegen des Regierungswechsels eine Verschiebung vor.

Heute hat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel den sehr interessanten Vorschlag gemacht, der NATO-Russland-Rat solle sich mit diesem Problem befassen. Wir waren immer dafür gewesen, dass dieser Rat so konkret wie möglich arbeiten sollte. Nicht wir haben die praktische Zusammenarbeit gestoppt. Wenn nun die Regierungschefin eines führenden NATO-Landes dafür eintritt, dass der NATO-Russland-Rat sich mit Cybersicherheit befassen soll, dann halte ich das für einen Hinweis darauf, dass der Rat seine vollständige Funktion wiedererlangen könnte und sich nicht in bloßem Diskutieren verliert.

Quelle: Außenministerium der Russischen Föderation

(www.mid.ru)

Übersetzung: Werner Kosler